

## Neues Netzwerk soll Opposition in der „Linken“ organisieren. Scharfe Kritik am Parteivorstand

Am vergangenen Samstag trafen sich rund 240 Mitglieder der linken Opposition in der Partei „Die Linke“ zum „Was tun?!“-Kongress in Hannover. Was über sechs Stunden im vollbesetzten Bürgerhaus in Misburg geschah, dürfte für manche Außenstehende eine Enttäuschung gewesen sein. Ganz sicher für die Vertreter der bürgerlichen Presse, die zahlreich gekommen waren, um den großen Knall nicht zu verpassen. Ihnen wurde gleich zu Beginn mitgeteilt, dass an diesem Tag keine „Klärung in Richtung einer neuen Partei“ stattfinden würde. Statt des erhofften Hauens und Stechens erlebten sie eine solidarische Diskussion über die Zukunft der Partei, die Notwendigkeit einer starken Friedensbewegung und den katastrophalen Kurs des Parteivorstandes.

Enttäuscht sind bestimmt auch jene Kräfte im Karl-Liebknecht-Haus, die in den vergangenen Monaten alles daran setzten, die Linkspartei auf einen unwidersprochenen Kriegskurs zu bringen. Wer geglaubt hatte, dass sich der linke Flügel frustriert zurückziehen oder zügig in eine „Wagenknecht-Partei“ abfließen würde, blieb ernüchtert zurück. Ohnehin widerlegte der Kongress die in den Medien vorangetriebene Reduzierung der Bewegung auf die Person Sahra Wagenknecht. Die Genossinnen und Genossen in Hannover einte die Auffassung, dass „Die Linke“ ihre politischen Wurzeln verrät. Sie einfach als „Anhänger von ...“ abzustempeln, entpolitisiert und verfälscht. Die Stimmung war kämpferisch und die Orientierung am Ende klar: Die Opposition

will sich besser vernetzen, stärker in Auseinandersetzungen eingreifen und für eine konsequente Friedenspolitik werben – und zwar vorerst weiterhin innerhalb der Partei.

Dabei war die Wut groß und zu Beginn der Debatte forderten nicht wenige die schnelle Gründung eines neuen Projektes. „Die Linke hat fertig“, sagte einer. „Was habe ich mit den Wellsows, Ramelows und Schuberts zu tun? Das ist doch inhaltlich nicht mehr zusammenzuführen“, erklärte ein anderer. Eine linke Partei, so der Konsens, müsse die soziale Frage in den Mittelpunkt stellen, sich klar gegen die NATO und den Imperialismus wenden, dürfe nicht zulassen, dass die Friedensbewegung gespalten wird.

Scharfe Kritik übten die Mitglieder an der Distanzierung des Parteivorstandes vom „Aufstand für Frieden“ am 25. Februar in Berlin. Der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko sprach in Bezug auf diese Demonstration von der „wirmächtigen Gegenstimme gegen den Kurs der Militarisierung und der Aufrüstung“, die es in Deutschland gegeben habe. Die Diskussionen seien teilweise „irre“ gewesen. Gegen den schwammigen Vorwurf der angeblichen „Rechtsoffenheit“ sei „Erdogans Terrorismusbegriff als sehr präzise anzusehen.“ Mit der Befeu-erung solcher Diffamierungen habe die Parteispitze dafür gesorgt, „dass der Kakao, durch den wir gezogen wurden, auch noch von den eigenen Genossen getrunken wird.“

Dass dieses Verhalten nur der vorläufige Höhepunkt eines längeren



Vor vollem Saal forderte Sevim Dagdelen eine „glaubwürdige soziale und friedliche Kraft, (...) die kein Bündnis mit dem Hauptfeind im eigenen Land eingeht“.

Prozesses war, beschrieb die Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen. „Die Linke“, so Dagdelen, vollziehe „im Zeitraffer eine Entwicklung der SPD und der Grünen hin zu einer Akzeptanz und Einforderung einer militarisierten deutschen Außenpolitik“. Stichworte dafür seien der „Wirtschaftskrieg gegen Russland, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, die Heiligung der NATO und zuletzt ein Ja zu Auslandseinsätzen“ der Bundeswehr. Der „Bruch mit dem friedenspolitischen Grundkonsens“ geschehe „unwidersprochen von der so genann-

ten Führung der Partei“. „Diese Linke“, analysierte Dagdelen, „sucht das Bündnis mit dem Hauptfeind, der im eigenen Land steht.“ Es sei die „historische Verantwortung am Ende einer Partei, die zur Kriegspartei mutiert, nicht auch noch Legitimität zu verleihen.“

Deutlich wurde die schwierige Lage der Opposition, die sich derzeit in der Minderheit sieht und auch Selbstkritik übte. Es müsse erforscht werden, wie es so weit kommen konnte, sagte eine Teilnehmerin: „Wir haben uns zurückgezogen und anderen

das Feld überlassen.“ Man könne nicht im Weltmaßstab gegen den Imperialismus kämpfen wollen, aber vor ein paar „Karristen im Parteivorstand“ zurückschrecken, wandte ein Genosse ein. Die Debatte drehte sich auch um die Frage, wie eine sozialistische Partei organisiert sein müsste und wie es gelingen könnte, eine erneute Integration ins bürgerliche Lager zu verhindern. Dabei blieben naturgemäß viele Fragen offen. Weiter diskutiert werden muss außerdem, wie ein zukünftiges Zusammenwirken mit anderen linken Kräften in der Linkspartei aussehen kann. Die „Kommunistische Plattform“ (KPF) war auf dem Kongress zwar durch Mitglieder vertreten, gehörte aber nicht zum Kreis der Einladenden. In einer Mitteilung vom 5. Mai warb die KPF für die Verteidigung von hart erkämpften friedenspolitischen Beschlüssen gegen die Parteirechte.

Am Ende beschloss der Kongress eine Erklärung, in der eine Rückkehr zu grundlegenden Aussagen des Erfurter Programms gefordert wird. Im neugegründeten „Was-Tun-Netzwerk“ wollen sich die Teilnehmer vernetzen und für eine Veränderung der „Linken“ kämpfen. „Gleichzeitig“, so heißt es zum Schluss, „zwingt uns die Situation aber dazu, auch darüber zu sprechen, welche Chancen es noch gibt, ‚Die Linke‘ wieder auf einen antikapitalistischen und friedenspolitischen Kurs zu drehen und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Diese Debatte werden wir fortsetzen.“

Vincent Czesla